

Begleitprozess zur Endlagersuche für Atommüll in Niedersachsen

Position des BUND Niedersachsen

Inhalt

VORWORT

FÜR EINE ZUKUNFT OHNE ATOMKRAFT	2
SUCHERVERFAHREN FÜR EIN ENDLAGER FÜR HOCHRADIOAKTIVEN ATOMMÜLL	3
ENDLAGER FÜR SCHWACH- UND MITTEL-RADIOAKTIVEN ATOMMÜLL	5
SITUATION DER ZWISCHENLAGER	5
NIEDERSÄCHSISCHES BEGLEITFORUM ENDLAGERSUCHE UND DIE ERWARTUNGEN ZIVILGESELLSCHAFTLICHER GRUPPEN AN DAS LAND NIEDERSACHSEN	6
VERNETZUNG DER ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN GRUPPEN UND ROLLE DES BUND NIEDERSACHSEN IM ENDLAGERSUCHPROZESS	6
QUELLEN	8

Vorwort

Der BUND Niedersachsen setzt sich für eine Zukunft ohne Atomkraft ein. Uranabbau, die Nutzung von Atomkraft und der entstehende Atommüll gefährden Mensch und Natur. Jenseits medizinischer Notwendigkeiten ist jedes weitere Gramm Atommüll unverantwortlich. Dennoch ist der Müll da und die Bundesrepublik Deutschland darf die Verantwortung nicht auf andere Länder abwälzen. Es muss ein möglichst sicheres Endlager für die radioaktiven Abfälle aus dem atomaren Erbe gefunden werden.

Dieses Papier fasst die Positionen des BUND Niedersachsen zum Umgang mit dem bereits entstandenen Atommüll zusammen. Der BUND Niedersachsen formuliert sein Rollenverständnis im Prozess der Suche nach einem möglichst sicheren Endlager: Er versteht sich als kritischer Beobachter und Mahner für eine breite, transparente und offene Diskussion im Endlagersuchprozess. Der BUND ist bereit, einen Beitrag zur Information, Vernetzung und zum Austausch der Akteure der Zivilgesellschaft zu leisten.

Vor diesem Hintergrund wird die bisherige Arbeit des vom Land Niedersachsen eingerichteten „Niedersächsischen Begleitforums Endlagersuche“ kritisch reflektiert und Anregungen für eine Weiterentwicklung des Forums formuliert.



Heiner Baumgarten

Landesvorsitzender



Bernd Redecker

Sprecher Landesarbeitskreis Atom

Für eine Zukunft ohne Atomkraft

Noch immer glauben Menschen, Atomkraft sei eine Lösung im Kampf gegen die Klimakrise und auch angesichts des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine spielen einige Politiker*innen wieder mit dem Gedanken, die letzten Atomkraftwerke in Deutschland länger am Netz zu lassen. Der BUND warnt hiervor: Atomkraft birgt **immense Gefahren und erzeugt hochriskanten Müll für viele kommende Generationen**. Dabei ist Atomstrom bereits jetzt **teurer und CO₂-intensiver als Strom aus erneuerbaren Energien**. Darüber hinaus können derzeit **nur 2 % der globalen Energieproduktion** von den 415 AKWs weltweit erzeugt werden. Immer mehr Reaktoren gehen vom Netz, ihr Durchschnittsalter steigt.

Zukunftsgerichtet ist daher nur die Investition in erneuerbare Energie. Dass die Europäische Union Atomstrom im Rahmen der EU-Taxonomie als nachhaltig einstufen möchte, ist absolut nicht nachvollziehbar, rückwärtsgerichtet und schädlich. Die Folgen dieses Etikettenschwindels wären dramatisch: Millionen an Investitionen würden dem Ausbau der erneuerbaren Energien entzogen. Wenn wir der Klimakatastrophe ernsthaft begegnen wollen, müssen wir so schnell wie möglich von fossilen auf erneuerbare Energieträger umsteigen. Konkret: Die Wind- und Sonnenenergie naturverträglich ausbauen und konsequent Energie sparen.

Atomkraft ist eine dauerhafte Gefahr mit gewaltigem Risiko. Durch Fehler, menschliches Versagen, Naturkatastrophen, Sabotage, Krieg oder Terroranschläge kann es jederzeit zu einem Reaktorunfall kommen, auch in Europa. Darüber hinaus sind die zivile und die militärische Nutzung von Atomkraft eng verflochten. Zahlreiche Staaten haben unter dem Vorwand der Produktion von Atomstrom den Bau von Atomwaffen vorangetrieben. Eine nachhaltige Zukunft kann es daher nur ohne die Weiternutzung von Atomkraft geben.

Sucherverfahren für ein Endlager für hochradioaktiven Atommüll

Atommüll gefährdet Mensch und Natur – der BUND setzt sich daher als Teil der Anti-AKW-Bewegung seit seiner Gründung gegen die Atomkraft ein. Jenseits medizinischer Notwendigkeiten ist jedes weitere Gramm Atommüll unverantwortlich. Dennoch ist der Müll da und die Bundesrepublik Deutschland darf die Verantwortung nicht auf andere Länder abwälzen und muss ein möglichst sicheres Endlager für die radioaktiven Abfälle aus dem atomaren Erbe finden. **Eine dauerhafte Zwischenlagerung darf es aufgrund der damit verbundenen enormen Risiken nicht geben.**

Ende 2022 gehen die letzten Kernkraftwerke in Deutschland vom Netz. Bis 2031 soll laut dem 2013 in Kraft getretenen und 2017 novellierten Standortauswahlgesetz (StandAG) der bestmögliche Standort für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle gefunden werden. Das Standortauswahlverfahren verläuft in drei Phasen. In Phase I werden zunächst, ausgehend von einer weißen Karte, alle Teilgebiete mit potenziell geeigneten Gesteinen ausgewiesen. Diese Gebiete wurden inzwischen im **Zwischenbericht Teilgebiete** veröffentlicht und umfassen mehr als die Hälfte des Bundesgebiets. **Innerhalb der Landesfläche Niedersachsens liegen über 50 Teilgebiete, das entspricht 87 % der Landesfläche.** Aktuell werden sogenannte repräsentative vorläufige Sicherheitsuntersuchungen (rvSU) für die in Frage kommenden Teilgebiete erarbeitet und durchgeführt. Dabei liegen zwei Modellgebiete ganz

oder teilweise in Niedersachsen, der Salzstock Bahlburg bei Winsen als Modell für „Salz in steiler Lagerung“ und Teile des Modellgebietes „Salz in flacher Lagerung“ in Südniedersachsen. Phase II sieht eine übertägige Erkundung der Gebiete und Phase III eine untertägige Erkundung vor. Bis 2050 soll das auf diese Weise gefundene Endlager betriebsbereit sein. Ob dieser Zeitplan eingehalten werden kann, ist jedoch fraglich.¹

Am bisherigen Standortauswahlverfahren hat der BUND mehrfach Kritik geübt. Zum einen, da die Erarbeitung des Zwischenberichtes Teilgebiete zunächst unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattgefunden hat und auch die versprochene Öffentlichkeitsbeteiligung sowie ein breiter gesellschaftlicher Diskurs bisher nicht ausreichend verwirklicht worden sind. Betroffene und Umweltverbände hatten zwar Gelegenheit, sich in der sogenannten „Fachkonferenz Teilgebiete“ zu äußern. Die Fachkonferenz Teilgebiete fand als erstes gesetzlich vorgeschriebenes Beteiligungsformat für eine breite Öffentlichkeit aber erst nach drei Jahren Atommülllager-Suche statt. Der BUND kritisiert weiter, dass deutlich zu wenig Zeit zur Verfügung stand, um sich in den komplexen, geologischen Teilgebiete-Bericht einzuarbeiten und nicht alle relevanten Daten öffentlich zur Verfügung stehen. Problematisch ist weiterhin, dass den zivilgesellschaftlichen Gruppen vielfach die Expertise kritischer Wissenschaftler*innen fehlt, die unabhängig von staatlichen Institutionen die Auswahl der Teilgebiete durchleuchten und Alternativen miteinander vergleichen können. **Somit konnte bislang eine sorgfältige und fundierte Bewertung des Zwischenberichts durch die Öffentlichkeit nicht stattfinden.**²

Unklar ist bis heute auch, wie die Ergebnisse der Beratungen der Fachkonferenz Teilgebiete im weiteren Verfahren eingebunden werden. Nach aktuellem Stand sind diese für die BGE nicht bindend. Sie kann die Eingaben zwar berücksichtigen – muss aber nicht. So besteht die Gefahr, dass wichtige Kritik nicht berücksichtigt wird. Auch dies ist aus Sicht des BUND ein gravierender Fehler im Prozess. **Weiterhin hat der BUND auch die Qualität des Teilgebiete-Berichtes als mangelhaft bewertet.** Zentraler Kritikpunkt ist, dass der Zwischenbericht nicht den Anforderungen des StandAG entspricht, da kaum eine Eingrenzung der Teilgebiete vorgenommen wurde und es sich lediglich um einen Bericht zu Gebieten, die Minimalvoraussetzungen für ein Endlager erfüllen könnten, handelt.³

Zusammenfassend wird deutlich, dass im bisherigen Prozess Transparenz und Beteiligung vernachlässigt wurden. Aus den Erfahrungen der Vergangenheit wird deutlich, dass diese Mängel zwangsläufig zu erheblichem Misstrauen führen, was die notwendige Lösungssuche massiv erschweren kann. Der BUND mahnt deshalb dringend an, maximale Transparenz und Beteiligung sicherzustellen, damit die Atommüll-Lager-Suche nicht scheitert.

Zugleich ist der BUND überzeugt, dass die **Standortsuche und -auswahl nach rein wissenschaftlichen Kriterien** erfolgen muss. Eine politisch motivierte Auswahl bzw. Ausschlüsse von Standorten sind inakzeptabel angesichts der Tatsache, dass auch nach unserer Zeit noch 40.000 weitere Generationen durch den Atommüll betroffen sein werden.

¹ vgl. Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe, K-Drs. 267; BUND-Pressemitteilung vom 3. Sept. 2020.

² vgl. BUND-Pressemitteilung vom 09. August 2021.

³ vgl. BUND-Mängelliste zum Zwischenbericht Teilgebiete und Fachkonferenz Teilgebiet.

Endlager für schwach- und mittelradioaktiven Atommüll

Für die Endlager von schwach- und mittelradioaktivem Atommüll gelten die BUND-Forderungen nach wissenschaftsbasierten und transparenten Standortsuche-Prozessen gleichermaßen wie für die Endlager hochradioaktiven Abfalls. Atom-Projekte in Niedersachsen zur Endlagerung wie Schacht Konrad, der als Standort ohne die vorherige Durchführung von wissenschaftlichen geologischen Untersuchungen ausgesucht wurde, genügen den Sicherheitsansprüchen nicht. Der BUND hat deshalb gemeinsam mit dem NABU einen **Antrag an das Land Niedersachsen zum Widerruf des Planfeststellungsbeschlusses für Schacht Konrad** gestellt.

Die katastrophale Situation um das **havarierte Atommülllager in der Asse** belegt, dass Politik dringende Entscheidungen über Jahre verschleppt hat, während die Bedrohungen durch einlaufendes Wasser und Einsturzgefahr immer gravierender wurden.

Situation der Zwischenlager

Nicht nur bei der Endlagerfrage spielt Sicherheit eine entscheidende Rolle. Die aktuelle **Sicherung und Sicherheit der Zwischenlager sind teilweise hoch problematisch**. Im Ergebnis einer vom BUND 2017 in Auftrag gegebenen Studie wurden fehlende Reparatur- und Inspektionsmöglichkeiten, mangelhafter Schutz beispielsweise gegen potenzielle Terroranschläge und Risiken infolge Alterungseffekten der Behälterkomponenten deutlich. Auch die 2020 erstellte Neuauflage der Studie zeigt, die Verantwortung für die sichere Lagerung des Mülls haben Politik und Atomindustrie jahrzehntelang vor sich hergeschoben. Bis heute lagert der Müll in unsicheren Zwischenlagern wie am Standort Gorleben, am Kernkraftwerk Unterweser, auf dem Gelände des in Stilllegung befindlichen Kernkraftwerkes Stade und in Leese.

Zusammenfassend kritisiert der BUND Niedersachsen, dass ein Gesamtkonzept für die Lagerung des Atommülls fehlt.

Die Rolle des BUND Niedersachsen im Endlagersuchprozess

Der BUND versteht sich **als kritischer Beobachter und als Mahner für eine breite, transparente und offene Diskussion** der verschiedenen Phasen des Endlagersuchprozesses. Er setzt sich in seiner Rolle als kritische Umwelt- und Naturschutzorganisation dafür ein, dass **Entscheidungen zur Endlagersuche auf wissenschaftlicher Basis gefällt werden mit dem Ziel, ein so sicher wie mögliches Endlager zu finden.**

Der BUND **lehnt eine vollkommene Abwehrhaltung mit dem einzigen Ziel einer Verhinderung eines Endlagers in der eigenen Region ab**, wenn diese Ablehnungshaltung nicht wissenschaftsbasiert begründet werden kann (sog. NIMBY-Mentalität: „Not in my backyard“).

Gleichzeitig hat sich der BUND als politisch unabhängige und überparteiliche Organisation dazu verpflichtet, gegenüber staatlichen Organisationen, Parteien und Politiker*innen eine **kritische Distanz** zu wahren.

Vor dem Hintergrund des eigenen Rollenverständnisses des BUND Niedersachsen kann der BUND einen **Beitrag zur Information, Vernetzung und zum Austausch zwischen Akteuren der Zivilgesellschaft** leisten. Damit sollen Wege der Partizipation durch die Zivilgesellschaft erleichtert, Ehrenamt entlastet und mehr Menschen für den Prozess der Endlagersuche interessiert und sensibilisiert werden.

Niedersächsisches Begleitforum Endlagersuche und die Erwartungen zivilgesellschaftlicher Gruppen an das Land Niedersachsen

Die niedersächsische Landesregierung hat an das von ihr ins Leben gerufene Begleitforum einen hohen Eigenanspruch formuliert: *„Das Niedersächsische Begleitforum Endlagersuche ist ein parteiübergreifendes Bündnis aus Politik und Zivilgesellschaft, Bürgerinnen und Bürgern, Organisationen und Kirchen. Gemeinsam will das Begleitforum die Suche nach einem Atomendlager kritisch verfolgen – und als Frühwarnsystem für einen fairen und transparenten Prozess sorgen.“*⁴

Bei einem Workshop unter Beteiligung von Bürgerinitiativen und Verbänden im Dezember 2021 wurde die bisherige Arbeit des Begleitforums diskutiert und bewertet. **Die beteiligten Akteure der Zivilgesellschaft befürworten grundsätzlich die Einrichtung des Begleitforums, waren sich aber einig, dass die bisherige Arbeit des Niedersächsischen Begleitforums dem durch das Ministerium vorgestellten Eigenanspruch nicht ausreichend gerecht wurde:**

An konkreter Kritik wurde eingebracht:

- Die bisherigen Veranstaltungsformate hatten überwiegend Charakter von Informationsveranstaltungen. Vertreter des Nds. Umweltministeriums und der BGE übernehmen hier zentrale Rollen, die Zivilgesellschaft hat die Rolle von „Zuhörerschaft“.
- Die präsentierten Informationen wurden nicht immer verständlich dargeboten.

⁴ Website des Niedersächsischen Begleitforums Endlagersuche

- Möglichkeiten für Austausch und v. a. kritisches Hinterfragen und Auseinandersetzung mit den Zwischenergebnissen des Prozesses fehlten bisher oder kamen deutlich zu kurz.
- Vermisst wird eine koordinierende oder vernetzende Rolle zwischen den verschiedenen Akteursgruppen wie Politik, Kommunen, Wissenschaft und Gesellschaft.
- Durch das Land bereitgestellte Mittel richteten sich bislang ausschließlich an Kommunen, zivilgesellschaftliche Gruppen blieben außen vor.

Weiterhin wurden **Erwartungen der zivilgesellschaftlichen Gruppen an das Niedersächsische Begleitforum** gesammelt. Gewünscht werden folgende Funktionen:

- Verbessertes und erleichtertes Zugang zu spezifisch Niedersachsen betreffende wissenschaftlich basierte Experteninformation und Ansprechpartner*innen in den Einrichtungen des Landes, insbesondere zum LBEG.
- Schaffung von Möglichkeiten für kritisches Hinterfragen des Suchprozesses
- Angebot von Fördermöglichkeiten für Vernetzung, Beauftragung von Studien, Gutachten etc. auch für zivilgesellschaftliche Gruppen.
- Koordinierende Rolle des Landes, um verschiedene Akteursgruppen zu vernetzen und Erfahrungsaustausch zu ermöglichen (Kommunen, Politik, Zivilgesellschaft), um z. B. Ergebnisse von Gutachten zusammen zu führen und auszutauschen.
- Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Gruppen darin, ihre Forderungen und Erwartungen an BGE als Verfahrensträger zu übermitteln.

Weiterhin wurden im Workshop die Bedürfnisse und Erwartungen der zivilgesellschaftlichen Gruppen an Austausch und Vernetzung untereinander bei der kritischen Begleitung des Endlagersuchprozesses gesammelt. Klares Ergebnis war, dass eine stärkere Vernetzung der Gruppen wünschenswert wäre. Ziel der Gruppen ist es vor allem, schneller an gut aufbereitete Informationen zu gelangen. Darüber hinaus sollte die Erreichung bisher nicht aktiver Bürger*innen angestrebt werden.

Problematisch hinsichtlich einer über das bisherige Maß hinausgehenden Vernetzung sind insbesondere die zeitlichen Kapazitäten der überwiegend ehrenamtlich arbeitenden Aktiven.

Das **Verhältnis von zivilgesellschaftlichem Engagement und Begleitforum Endlagersuche** stellt sich aus Sicht der Gruppen folgendermaßen dar: Die Interessen von Zivilgesellschaft und Politik inkl. des Instrumentes des Begleitforums sind unterschiedlich. Eine Vernetzung der NGO-Gruppen als integraler Bestandteil des Begleitforums Endlagersuche ist deshalb nicht zielführend. Die Aktivitäten und Veranstaltungen der NGO-Gruppen müssen unabhängig von Politik und Verwaltung geplant und durchgeführt werden. Sinnvoll ist aber eine Zusammenarbeit der NGO mit weiteren Akteursgruppen und die Akteursgruppen übergreifende Vernetzung unter dem „Dach“ eines Nds. Begleitforums (s. dazu Abb. 1).

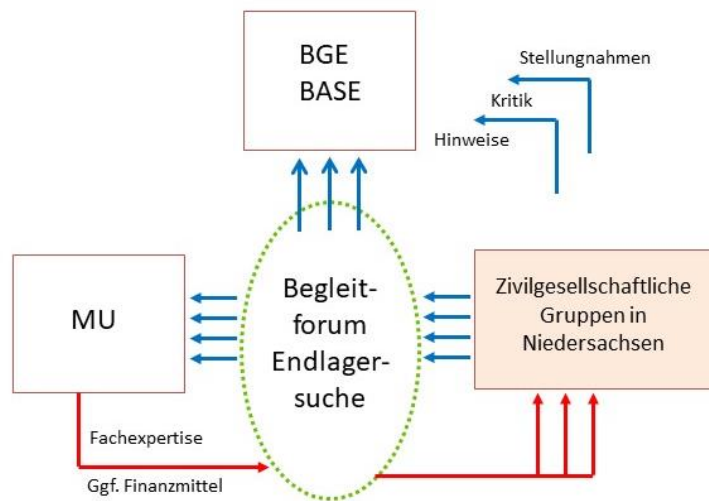


Abbildung 1: Vorschlag zur Weiterentwicklung des Beteiligungsprozesses bei der Endlagersuche in Niedersachsen

Quellen

BUND-Mängelliste zum Zwischenbericht Teilgebiete und Fachkonferenz Teilgebiete; online: https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/atomkraft/BUND-Maengelliste_FK_Teilgebiete.pdf

BUND-Pressemitteilung vom 03. Sept. 2020; online <https://www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen/detail/news/studie-zur-zwischenlagerung-hoch-radioaktiver-abfaelle-atommuell-problem-weiter-ungeloest>

BUND-Pressemitteilung vom 09. August 2021: Schlechtes Zeugnis für Atommüll-Endlagersuche – Beteiligung ungenügend, Zwischenbericht mangelhaft; online: <https://www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen/detail/news/schlechtes-zeugnis-fuer-atommuell-endlagersuche-beteiligung-ungenuegend-zwischenbericht-mangelhaft/>

Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe, K-Drs. 267; online: https://www.bundestag.de/endlager-archiv/blob/433652/b8be0d236650bd1cf4477497cf5e4d8a/drs_267-data.pdf;

Website des Niedersächsischen Begleitforums Endlagersuche, online: <https://www.begleitforum-endlagersuche.de/wir-uber-uns>

Impressum: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesverband Niedersachsen e.V., Goebenstr. 3a, 30161 Hannover, Tel. (0511) 965 69 – 0, bund@nds.bund.net, www.bund-niedersachsen.de. Stand: April 2022